

LehrerInnendienstrecht Gehaltsverhandlungen



Wolfgang Haag

GRULUG
die Personalvertretung für LehrerInnen

Neues LehrerInnendienstrecht:

Dieses wurde zwar gegen den Willen der Sozialpartner und der Opposition im Parlament beschlossen und ist daher teilweise ab September 2015 und teilweise ab September 2019 rechtswirksam. *Wir werden aber den Kampf gegen dieses Gesetz weiterführen!*

Unsere Hauptkritikpunkte sind:

- Dieses neue Dienstrecht ist ein Sparpaket der Regierung, welches nicht nur auf Kosten aller LehrerInnen gehen wird, sondern vor allem auch auf Kosten kommender Schülerinnen und Schüler.
- In Zukunft sollen weniger LehrerInnen für die gleiche Anzahl von SchülerInnen zuständig sein, was zur Folge hat, dass weniger Vor- und Nachbereitungszeit für die SchülerInnen zur Verfügung steht.
- Das neue Dienstrecht ist mit dem jetzigen Dienstrecht nicht "kompatibel". Schon sehr bald könnte es zu einer "Harmonisierung" durch das billigere "neue" System kommen.
- Das neue Dienstrecht *bietet keinen einzigen Lösungsansatz für aktuelle Probleme im Bildungsbereich*, da LehrerInnen kein Mitspracherecht bei der Gestaltung hatten.
- Für die künftigen PflichtschullehrerInnen bringt dieses Dienstrecht große Ungerechtigkeiten. Sie müssen ebenso ein Studium mit Master abschließen, verdienen aber dann wesentlich weniger, weil für die VS-LehrerInnen keine Fächerzulagen und für die Sekundarstufe-1-LehrerInnen nur wenig Zulage vorgesehen ist.
- Im Gesetz heißt es: *"Die Schulleitung hat die standortbezogenen Tätigkeiten unter Bedachtnahme auf die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten der Vertragslehrpersonen und deren Beschäftigungsausmaß ausgewogen festzulegen"* und somit alle weiteren an der Schule anfallenden Arbeiten den LehrerInnen **ohne weitere zeitliche oder finanzielle Abgeltung** aufzubürden, also die Arbeitszeit nun sogar grenzenlos auszuweiten.
- Keine Unterstützung durch professionelles Supportpersonal. Laut OECD fehlen mindestens 13.500 zusätzliche Stellen für unsere Schulen.

Wo - bitte! - ist da die Attraktivität dieses Dienstrechts, um die geeignetsten jungen Menschen dazu zu bewegen, LehrerInnen werden zu wollen?

Lohn und Gehaltsverhandlungen:

Es gibt per Gesetz ab 1.1.2014 wieder keine Gehaltserhöhung für uns! Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Und das nach (2013) 0, (2012) 2,56, (2011) 0,9, (2010) 0,85 Prozent Erhöhung in den letzten 4 Jahren, *bei einer inflationären Geldentwertung von 1.1.2009 bis heute von über 10 Prozent* - **also hatten wir in den letzten Jahren schon mehr als einen Biennalsprung Reallohnverlust!**

